

STUTTGARTER ZEITUNG

Heute mit Ihrem Fernsehmagazin



Nr. 7 | 2. Woche | 70. Jahrgang | E 4029 | W

Freitag, 10. Januar 2014 | Ausgabe Rems-Murr-Kreis

1,90 €

Schwäbisch-Fränkischer Wald

Psst! Geheimtipp.

Die Volksseele kochte, als der Naturpark vor mehr als dreißig Jahren gegründet wurde. Neun Millionen Euro wurden in den idyllischen Landstrich am Rande der Region gepumpt. Und es wurde ein Erfolgsmodell. SEITE 28



Auf dem richtigen Weg



Homosexualität Vielleicht sind wir nicht so liberal wie erhofft. Aber es geht voran. Von Christian Gottschalk

Was sind wir doch für ein liberaler, fortschrittlicher und aufgeklärter Haufen! Da erklärt ein ehemaliger Fußballspieler, dass er Männer liebt – und wird dafür sofort mit Lobpreisungen überschüttet. Von der Presse, von Kollegen, von den sogenannten Vertretern der Gesellschaft hagelt es Anerkennung. Sprecher von Parteien und Kirchen äußern ihre Bewunderung, sogar die Bundesregierung nimmt – selbstverständlich positiv – Stellung, und in Italien schreibt eine Zeitung, dass in Deutschland eine andere Mauer gefallen sei. So weit, so gut. Die Frage ist nur: Stimmt das denn überhaupt?

Vermutlich nur zum Teil. Wenn die sexuellen Neigungen des ehemaligen Nationalspielers tatsächlich auf eine völlig liberale, fortschrittliche und aufgeklärte Gesellschaft getroffen wären, dann wäre die einzig denkbare Reaktion doch die folgende gewesen: Ist halt schwul, der Hitzlsperger. Na und? Man würde sich dann wieder den Themen zuwenden, die die Welt bewegen sollten: den Flüchtlingen aus Syrien, der Kriegsgefahr in Fernost, dem Anstieg von Temperaturen und Meeresspiegeln. So ist es aber nicht. Ohne Absprache, aber in breiter Übereinstimmung berichten Zeitungen, Fernsehen, Radio und das Internet über das Outing eines ehemaligen Spitzensportlers. Die Vielzahl der Kommentare, die von den Nutzern daraufhin abgegeben werden, zeigt, dass hier zumindest Gesprächsbedarf besteht.

Denn natürlich gibt es auch in Deutschland Schwulenhasser. Das sind Menschen, die in den eigenen Reihen auch mit ziemlich dumpfen Argumentationen auf breite Zustimmung treffen. Eine Mehrheit stellen sie nicht. Die Mehrheit wird erklären, dass es eines jeden Menschen Recht sei, seine sexuellen Vorlieben selbst zu bestimmen. Doch wieder muss man die Frage stellen: Stimmt das denn überhaupt?

Es möge sich doch bitte jeder Vertreter dieser Mehrheit einmal kritisch prüfen. Wann vertritt er die Ansicht der freien, sexuellen Selbstbestimmung: Wenn es um Männerliebe im Allgemeinen geht? Bleibt er dabei, wenn sich ein schwules Pärchen als potenzieller Mieter vorstellt oder in der Öffentlichkeit küsst? Denkt er nach wie vor so, wenn in der Nachbarschaft zwei Männer einziehen, die gemeinsam ein Kind aufziehen? Viele, die bei diesem Gedankenspiel ergebnisoffen in sich gehen, werden bemerken, dass es Abstufungen in der eigenen Meinung gibt, dass das eigene, liberale, fortschrittliche und aufgeklärte Denken vielleicht nicht durchgehend störungsfrei bleibt. Die Selbstverständlichkeit der sexuellen Selbstbestimmung stößt im Detail an Grenzen. Das ist überhaupt nicht weiter schlimm – aber es ist ein Grund dafür, warum das ganze Thema durch Thomas Hitzlsperger solch eine immense Aufmerksamkeit bekommt.

Schlimm wäre es, wenn sich diese Grenzen nicht bewegen würden. Das tun sie aber. Man kann nun trefflich darüber streiten, ob das Tempo dabei stimmt und wie viel insgesamt noch zu tun sei. Daran, dass sich für Homosexuelle in den letzten Jahrzehnten vieles zum Besseren gewendet hat, besteht jedoch kein Zweifel. Und eines ist klar: wer erst einmal die Rechte der Schwulen verbessert, der sorgt damit auch für eine Verschiebung der Grenzen im Denken der Menschen. Ganz einfach schon deswegen, weil mehr Schwule von ihren Rechten Gebrauch machen und so ein Stück weit neue Normalität entsteht.

Deutschland als Staat muss sich mit seiner Leistung dabei nicht verstecken, die meisten Menschen müssen es mit ihrer Art des Denkens auch nicht. Zeit und Geduld wird es aber schon noch brauchen, bis die schwule Lebensweise so selbstverständlich geworden ist, dass sie keine Schlagzeilen mehr produziert. Auch das ist nicht schlimm, solange der Weg der richtige ist. Thomas Hitzlsperger hat mit dafür gesorgt, dass dem so ist.

Tagesthema
Hitzlspergers Coming-out: Brechen neue Zeiten im Profisport an? SEITE 2

Die Dritte Seite
Hauptsache wundertätig – Argentinien feiert Gauchito Gil SEITE 3

Kultur
Heiß ersehnt: die Auflösung des Weihnachtsrätsels SEITE 31

Celesio-Übernahme auf der Zielgeraden

Die Chancen auf eine Übernahme des Stuttgarter Pharmahändlers Celesio sind kurz vor Toresschluss deutlich gestiegen. Der US-Konzern McKesson, der mit dem 6,2 Milliarden Euro schweren Kauf in Europa einen Fuß in die Tür bekommen will, einigte sich im Poker mit dem widerständigen Investor Elliott Management. Dieser hatte gedroht, die größte Übernahme im deutschen Gesundheitssektor seit 2006 platzen zu lassen, wenn McKesson nicht mehr bietet. 50 Cent je Aktie mehr reichten, um Elliott zum Einlenken zu bewegen. Der Investor hatte fast ein Viertel an Celesio unter seine Kontrolle gebracht. Nun sollen alle Celesio-Aktionäre, auch der Duisburger Mehrheitseigner Haniel, 23,50 Euro je Aktie erhalten, wie der US-Konzern am Donnerstag mitteilte. Die Angebotsfrist lief in der Nacht zum Freitag aus. rtr - US-Fonds lenkt bei Celesio-Verkauf ein SEITE 11

EU verlängert Frist zur Sepa-Umstellung

Zahlungsverkehr Die Wirtschaft muss nicht im Februar zu 22-stelligen Nummern wechseln, da Chaos droht. Von Christopher Ziedler

Überraschend hat die EU-Kommission am Donnerstag den Start des einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrs (Sepa) um ein halbes Jahr verschoben. Ursprünglich sollten Buchungen von Unternehmen und Vereinen spätestens zum 1. Februar auf das neue System umgestellt sein, das im deutschen Fall eine 22-stellige Kontonummer beinhaltet. Angesichts der schleppenden Vorbereitung zog der zuständige Kommissar Michel Barnier jetzt die Notbremse, um ein Chaos zu verhindern. „Ich bedauere das, aber diese Maßnahme ist nötig, um mögliche Risiken einer Störung des Zahlungsverkehrs zu verhindern, die besonders für Verbraucher und kleine und mittelständische Unternehmen Folgen haben könnten.“ Nun gilt – da die EU-Regierungen und das Europaparlament dem Vorschlag wohl zustimmen werden – der 1. August als neuer Stichtag.

Die Bundesregierung reagierte mit Befremden auf den Vorstoß aus Brüssel. Er „war Deutschland nicht im Vorfeld bekannt“, teilte das Finanzministerium mit. Man habe sich „mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass Deutschland die Sepa-Umstellung rechtzeitig zum 1. Februar schafft, und wird dies auch weiter tun“.

In der EU-Kommission dagegen war die Sorge groß, dass es zu längeren Zahlungsausfällen und damit zu Firmenpleiten und Verbraucherinsolvenzen kommen könnte, wenn Überweisungen im alten Format gesperrt werden und ausbleiben. „Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass die

Umstellung zu langsam voranschreitet, und fordere nun die Mitgliedstaaten erneut dazu auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen“, sagte Barnier. Bei den Überweisungen sind den Angaben seiner Behörde zufolge drei Wochen vor dem nun verschobenen Starttermin nur 64,1 Prozent auf das neue System umgestellt; bei Lastschriften sind es gar nur 26 Prozent. Auch der Bundesverband deutscher Banken hatte erst vor wenigen Tagen Alarm geschlagen und die Lage als „Besorgnis erregend“ bezeichnet.

Deutschland ist dennoch weniger von der Ankündigung betroffen als andere EU-Staaten. Normale Bankkunden nämlich müssen hierzulande ohnehin erst 2016 auf die lange Iban-Kontonummer umsteigen. Von dieser Verlängerungsoption hatte die Bundesregierung zusammen mit Estland, Spanien, der Slowakei und Zypern schon kurz nach der Beschlussfassung 2011 Gebrauch gemacht. Offensichtlich, so hieß es im Finanzministerium, komme die EU-Kommission mit ihrem Schritt vor allem den anderen Staaten entgegen.

Trotz der schwierigen und auch teuren Umstellung versprechen sich die Akteure in Brüssel wie in Berlin große Vorteile von dem einheitlichen Zahlungsraum. Dann können Lastschriften und Überweisungen einheitlich zwischen allen 28 EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, Monaco und der Schweiz getätigt werden. Dann reicht allen Kunden ein Konto für alle Bankgeschäfte innerhalb Europas. - Bei Sepa zieht die EU die Notbremse SEITE 12

Deutschland hilft Giftgas vernichten

Deutschland wird sich an der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen beteiligen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärten Donnerstag in Berlin, dass die Gesellschaft zur Entsorgung chemischer Kampfstoffe und Rüstungsaltslasten (GEKA) im niedersächsischen Munster Stoffe entsorgen werde, die bei der Vernichtung entstehen. „Niemand darf sich verweigern, der dazu die technischen Kapazitäten zur Verfügung hat“, sagte Steinmeier. „Die Vernichtung von Chemiewaffen könnte der erste, entscheidende Schritt sein, mit dem eine Entschärfung des Syrienkonflikts möglich wird.“ dpa - Syrisches Giftgas kommt nach Munster SEITE 5

Luff



„... wenn Angie kommt?“

Ende der Steuerfreiheit

Jahrelang haben Auslandsmitarbeiter der Entwicklungshilfegesellschaft des Bundes (GIZ) keine Steuern gezahlt. Seit Jahresbeginn kommen sie darum nicht mehr herum. Für die Vergangenheit will der Fiskus allerdings Milde walten lassen. SEITE 4

Ein Mord, drei Prozesse

Kurz vor Weihnachten 2012 ist ein 22-Jähriger in Esslingen Opfer einer Bandenfehde geworden. Die juristische Aufarbeitung des Verbrechens gestaltet sich zäh. Gestern begann in Stammheim die zweite Verhandlung des Falls, eine dritte soll folgen. SEITE 19

Geheimhaltung verletzt?

Die Gutachter streiten sich stetig über den Preis der Aktien beim EnBW-Deal. Die Parteien im Untersuchungsausschuss beäugen sich misstrauisch. Die CDU wirft in der StZ dem Grünen-Obmann vor, er habe gegen die Vertraulichkeit verstoßen. SEITE 7

Wetter SEITE 10



Börse SEITEN 15, 16

- Dax 9421,61 Punkte (- 0,80 %)
- Dow Jones 16 444,76 Punkte (- 0,11 %)
- Euro 1,3612 Dollar (Vortag: 1,3594)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Wundersame Jobvermehrung in Berlin

Die große Koalition schafft auf Kosten des Steuerzahlers neue Spitzenpositionen. Nachdem Union und SPD als erste Amtshandlung die Zahl der Bundestagsvizepräsidenten von fünf auf sechs erhöhten, zeigen sich die drei Parteien auch bei den Spitzenpositionen in den Ministerien von der spendablen Seite. Die Zahl der Staatssekretäre wächst insgesamt auf 61 – das sind mindestens drei gut dotierte Posten mehr als bisher. Dabei war die Personalausstattung auf Leitungsebene schon zur Zeit der alten Regierung üppig. Die FDP löste damals ihr Versprechen nicht ein, die Zahl der Staatssekretäre zu verringern. Jetzt satteln Union und SPD sogar noch drauf. Das geht zu Lasten der Staatskasse. Ein Parlamentarischer Staatssekretär bringt es etwa einschließlich der halben Abgeordnetentätigkeit auf rund 18 000 Euro monatlich. Die beamteten Staatssekretäre, die die eigentliche Hausmacht besitzen und die Arbeit organisieren, verdienen weniger.

Die große Koalition stockt die Zahl der beamteten Staatssekretäre auf. Der nordrhein-westfälische CDU-Sozialpolitiker Karl-Josef Laumann ist zum Patienten- und Pflegebeauftrag-

Staatssekretäre Die große Koalition verteilt die Posten großzügig. Von Roland Pichler

ten im Rang des Staatssekretärs ernannt worden. Aufgewertet wird auch der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt. Dem neuen Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD) steht ein zweiter beamteter Staatssekretär zur Seite, früher reichte einer. Das Ministerium begründet dies mit neuen Kompetenzen. Daneben beschäftigt jedes Ressort noch Parlamentarische Staatssekretäre – sie vertreten die Minister im Parlament. Die Stellvertreter gibt es seit 1967.

Der Bund der Steuerzahler fordert seit Langem, dass nur noch ein Parlamentarischer Staatssekretär pro Ministerium ernannt wird. Im Wirtschaftsministerium amtierend sogar drei, darunter die einstige Justizministerin Brigitte Zypries (SPD). Dass eine Ex-Ministerin als Parlamentarische Staatssekretärin anheuerte, gab es selten. Früher waren die beamteten Staatssekretäre erfahrene Verwaltungsfachleute aus dem Haus. Inbegriff dafür war Haushaltsstaatssekretär Manfred Overhaus, der vielen Finanzministern diente. Die Zeiten ändern sich. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) berief nun ihren einstigen Büroleiter aus der SPD-Zentrale zum beamteten Staatssekretär.

Keine Angst mehr vor der Käseglocke

Umwelt Der Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald war einst umstritten. Längst ist die Kritik verstummt, und mit dem Beginn des neuen Jahres ist die geschützte Kulturlandschaft sogar um gut ein Drittel gewachsen. Ein Loblied auf ein Idyll am Rande der Region. *Von Martin Tschepe*

Wer den Wasenhof von Christine Pommerer bei Großerlach-Trauzenbach besucht, taucht in ein Naturidyll ein. Wälder und Felder, soweit das Auge reicht. Doch Vorsicht: „Giftige Kräuter“, warnt ein Schild. Christine Pommerer sagt, dass „gegen nahezu jedes Wehwechen ein Pflänzchen gewachsen ist“. Welches Kraut wie wirkt, können die Gäste von der Frau mit dem wallenden Haar lernen. Vor ein paar Jahren hat die Heilkräuterpädagogin mitten im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt. Sie bietet Kurse und Seminare an und bildet den Nachwuchs aus.

Viele Männer und Frauen haben in den vergangenen 35 Jahren rund um das ehemalige Oberamtsstädtchen Murrhardt ähnliche Projekte ins Leben gerufen wie Christine Pommerer – manche mit finanzieller Unterstützung des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald (SFW), andere nur mit ideeller Begleitung.

Einige Beispiele: der Erlebnispädagoge Walter Hieber eröffnete in Rudersberg-Oberndorf, Luftlinie nur ein paar Kilometer von Trauzenbach entfernt, direkt an einem Bachlauf sein Waldentdecker Wieslaufcamp. Die Hütte des zertifizierten Naturparkführers wird von Schulklassen, Kindergärten und Privatpersonen, aber auch von Betrieben für Feiern und Feste gerne gebucht. Fließend Wasser gibt es nur vor der Türe. Hiebers Gäste suchen das kleine Abenteuer, die kurze Auszeit vom Alltag, den Blick auf die Natur.

Ein Ort für Lebenskünstler

Auf dem Schweizerhof, in einem alten Bauernhaus am Waldrand bei Großerlach-Mannenweiler, haben Anja und Michael Nowak ein Heuhotel eingerichtet. Die Eheleute bieten Yogakurse und Meditation an. Sie wollen zusammen mit Gleichgesinnten, wie Anja Nowak sagt, „bewusst leben, inmitten der herrlichen idyllischen Natur“.

Am Ortsrand von Großerlach betreibt Gottfried Mauss ein Freizeitzentrum mit Skilift. Mauss hat die Anlage vor ein paar Jahren vom Vorbesitzer ersteigert, er hat große Pläne, will unter anderem Crossstrecken für Biker anlegen. Ein eher untypisches Vorhaben für diese Gegend.

Normalerweise suchen im Naturpark Stadtmenschen nach Ruhe. Etwa in Großerhöchberg, wo gleich mehrere (Lebens-)Künstler gelandet sind. Der Mime Thomas Weber leitet in dem kaum 100 Seelen zählenden Nest die Kleinkunstbühne Kabirinet. Der ehemalige Fernsehjournalist Jo Frühwirth führt ein Seminarhaus. Die Kirchenmalerin Jutta Scheuthle und der Schauspieler Jürg Löw leben nebenan auf dem Klosterhof. Sie organisiert ein ambitioniertes Kulturprogramm, er arbeitet, wie er sagt, „nach dem Lustprinzip“ – manchmal schafft er für das Fernsehen, manchmal mit ihr auf dem Hof.

Es hat sich einiges getan, seit sich die Gegend mit dem Titel Naturpark schmücken darf. In den romantischen Tälern wurden Wanderwege beschildert und Mühlen saniert, im Wald Spiel- und Grillplätze gebaut. Die Fassaden von Fachwerkhäusern in den Dörfern wurden herausgeputzt, E-Bike-Stationen, Herbergen und Dauerausstellungen eröffnet. Die Seen, die einst als Regenrückhalten angelegt worden sind, wurden für Touristen erschlossen, Ferienwohnungen zertifiziert.

Der Landrat blickt zurück

Szenenwechsel. Horst Lässig, der von 1973 bis 2002 Rems-Murr-Landrat war, sitzt in der Wohnstube seines Einfamilienhauses in Waiblingen und erinnert sich mit einem Grinsen im Gesicht an die Jahre vor der Gründung des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald. Damals war ihm nicht immer zum Grinsen zumute.

„Wenn der Landrat das nächste Mal in den Wald kommt, dann binden wir ihn an einen Baum fest. Dann kann der Lässig hier Wurzeln schlagen.“ Der Mann, der den Kreischef Mitte der siebziger Jahre an einer Eiche festzurren wollte, war der damalige Vorsitzende des Waldbauernvereins Murrhardt. Die Stimmung in der schwäbischen Kleinstadt und in den Umlandkommunen war Ende der 1970er Jahre explosiv.

Der Christdemokrat Lässig, nunmehr 76 Jahre alt, erzählt von einer Sitzung in Sulzbach: „Da hat die Volksseele gekocht“, die Waldbesitzer seien wütend gewesen. Der Oberforstmann und seine Mitstreiter wollten die Ausweisung des Naturparks mit allen Mitteln verhindern. Er habe sich „mit der Mistgabel bedroht gefühlt“.

Die Bauern hatten damals Angst vor der Veränderung. Sie wollten, schrieben sie Lässig, so wie ihre Vorfahren seit vielen



Der Schwäbisch-Fränkische Wald bietet mehr als Ruhe. Zu der Trauzenbacher Heilkräuterpädagogin Christine Pommerer kommen Menschen, die erfahren wollen, welche Pflanze wie wirkt. Das Ehepaar Anja und Michael Nowak betreibt in Mannweiler ein Heuhotel und bietet Yogakurse an.



Fotos: Gottfried Stoppel, Frank Eppler (2)

„Wenn der Landrat das nächste Mal in den Wald kommt, dann binden wir ihn an einen Baum fest.“

Aufruf eines Bauern Mitte der 70er Jahre

Jahrhunderten in den Wald gehen dürfen, „nur mit der Axt, nicht mit dem Gesetzbuch“. Es dauerte einige Jahre, bis die Landwirte erkannten, dass kein Staatsdiener im Naturpark auftaucht, um sie mit behördlichen Vorgaben zu drangsalieren.

In alten Zeitungsartikeln und in vergilbten Protokollen aus dem Archiv des Naturparkzentrums in Murrhardt wird die „Furcht vor der Käseglocke“ thematisiert. Die Waldbauern und mit ihnen einige Kommunalpolitiker haben befürchtet, dass nach der Ausweisung des Naturparks manches zum Stillstand kommen könnte: die Holzproduktion, die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, das Wachstum der Städte und Gemeinden.

Die Kritik ist längst verstummt. Seit der Gründung des Naturparks 1979 haben das Land, die Lotterie Glücksspirale und die Europäische Union neun Millionen Euro in den Landstrich gepumpt. Der Geschäftsführer des Naturparkvereins, Bernhard Drixler, sagt: „Die Zuschüsse haben Gesamtinvestitionen von 16 bis 20 Millionen Euro angestoßen.“ Jahr für Jahr würden rund zwei Dutzend Projekte unterstützt – wie das Kräuterzentrum bei Trauzenbach und das Waldcamp an der Wieslauf.

Der Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald ist zum Erfolgsmodell geworden, mehrfach im Land kopiert – und jetzt deutlich größer als beim Start. Mit dem Beginn des neuen Jahres ist die Fläche um gut ein Drittel gewachsen. Nach der Erweiterung gehören nun 48 Städte und Gemeinden dazu. Elf Kommunen sind neu dabei, unter anderem Berglen, Allmersbach im Tal, Gaildorf und Abtsgmünd. Die Fläche umfasst nun 1270 Quadratkilometer statt bis dato 916. Die Bürgermeister sowie die

Stadt- und Gemeinderäte, aber auch manche lokale Unternehmer erhoffen sich weitere Impulse für den Tourismus.

Ein Steigerungspotenzial ist in diesem Wirtschaftszweig zweifellos vorhanden. Denn noch ist der Schwäbisch-Fränkische Wald selbst für viele Stuttgarter Terra incognita, unbekanntes Land. Zum Tag des Schwäbischen Walds im September kommen zwar immer viele Tausend Gäste, doch meistens könnten die lokalen Tourismusanbieter mehr Kundschaft vertragen. Die dünn besetzte Naturpark-Geschäftsstelle muss wohl noch einige Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, bevor das idyllische Stückchen Baden-Württemberg von den Massen gestürmt wird. Bis dahin

ist der Schwäbisch-Fränkische Wald freilich für all jene umso attraktiver, die ihn zum Seele-baumeln-Lassen aufsuchen.

Der fast vergessene Widerstand der Waldbauern gegen den Naturpark erinnert an den Konflikt im Schwarzwald, der seit Monaten Schlagzeilen macht. Die grün-rote Landesregierung hat jüngst beschlossen, den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg auszuweisen. Vor Ort tobt der Widerstand, landesweit hingegen spricht sich in Umfragen eine Mehrheit für das Projekt bei Baiersbronn aus. Gut möglich, dass sich heutzutage auch im Schwäbischen Wald mehr Widerstand organisieren ließe.

Damals haben Horst Lässig und seine Mitstreiter erreicht, dass der Naturpark durchstarten konnte – obgleich die CDU-führte Landesregierung lange den Bremser spielte. Lässig erzählt, dass Gerhard Weiser zunächst blockiert habe. Das ganze Land sei doch eine Art Naturpark, schrieb der Landwirtschaftsminister dem jungdynamischen Landrat aus Waiblingen.

Lässig hat nicht lockergelassen und unmittelbar nach der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags am 14. Oktober 1979 in Murrhardt erklärt: „Wir wollen weder eine Käseglocke noch einen Rummelplatz.“ Es gehe darum, den Landstrich weiterzuentwickeln und für die Menschen neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Existenzgründer wie die Kräutertee Christine Pommerer, die Erlebnispädagoge Walter Hieber oder die Heuhoteliers Anja und Michael Nowak können bestätigen: Lässig hat vor dreieinhalb Jahrzehnten nicht zu viel versprochen.

// Weitere Infos im Internet unter www.naturpark-sfw.de

EIN SCHÖNES AUSFLUGSZIEL

